

# Bulgarien

Johanna Deimel

Sie sind über Wochen auf die Straße gegangen im Herbst 2020: Landesweit haben viele tausende BulgarInnen gegen Korruption, Misswirtschaft und für die Absetzung sowohl des seit 2009 fast ununterbrochen regierenden Ministerpräsidenten Boiko Borissov (Bürger für eine europäische Entwicklung in Bulgarien – GERB) als auch des Generalstaatsanwalts Ivan Geschev demonstriert. Schon die Wahl Geschevs hatte 2019 öffentlichen Unmut und Demonstrationen provoziert, da ihm enge Verflechtungen mit Oligarchen und politischen Netzwerken, insbesondere mit dem Mediennogul Delyan Peevski und mit der Partei der türkischen Minderheit Bulgariens, „Bewegung für Rechte und Freiheit“ (DPS), nachgesagt werden.

## Nach mehr als 30 Jahren seit der Wende: Wo bleibt ein funktionierender Rechtsstaat?

Freedom House charakterisiert Bulgarien 2021 als semi-konsolidierte Demokratie auf dem Weg hin zu einem hybriden Regime<sup>1</sup> – und das nach 30 Jahren Demokratisierung seit der Wende vom November 1989 in Bulgarien. Der Kooperations- und Verifikationsmechanismus (KVM), der die Defizite und Errungenschaften des Landes in den Bereichen Justiz und Kampf gegen Korruption und organisierte Kriminalität benennen und für Reformschübe sorgen sollte, soll zukünftig durch den für alle EU-Mitgliedstaaten ab 2020 jährlichen Länderbericht zur Rechtsstaatlichkeit für Bulgarien ersetzt werden, eine endgültige Entscheidung darüber steht noch aus. Der erste Rechtstaatlichkeitsbericht der Europäischen Kommission für Bulgarien<sup>2</sup> vom September 2020 ist im Grunde eine Fortsetzung des KVM in Inhalt und Duktus. Punkte, die in dem Bericht kritisch zur Sprache kommen, sind die mangelnde Strafverfolgung bei Korruption und die Befugnisse des Generalstaatsanwalts. Ivan Geschev, seit 2019 im Amt, sollte nach dem Willen Borissovs im September 2019 durch eine Verfassungsänderung zusätzliche Machtbefugnisse erhalten und im Gegenzug sollten die Zuständigkeiten des Präsidenten und des Justizministers eingeschränkt werden. Die Europäische Kommission für Demokratie durch Recht des Europarates (Venedig-Kommission) kritisierte diese Vorhaben und bemängelte, dass die Verfassungsänderungen ohne jedwede öffentliche Debatte von der Parlamentsmehrheit hätten durchgedrückt werden sollen.<sup>3</sup>

Zahlreiche Korruptionsskandale und die von Geschev veranlasste Razzia in den Bürosäumen des Staatspräsidenten Rumen Radev haben den massiven Protesten der BürgerInnen weitere Gründe geliefert, um auf der Straße den Rücktritt der Regierung zu fordern. In den Augen der Protestierenden hat eine oligarchische Mafia den Staat gekapert und ihren

1 Freedom House: Freedom in the World 2021 – Bulgaria, abrufbar unter: <https://freedomhouse.org/country/bulgaria/freedom-world/2021> (letzter Zugriff: 3.9.2021).

2 Europäische Kommission: 2020 Rule of Law Report. Country Chapter on the rule of law situation in Bulgaria, 30.9.2020, SWD(2020) 301 final.

3 Europäische Kommission für Demokratie durch Recht (Venedig Kommission): Bulgaria. Urgent Interim Opinion on the Draft New Constitution, in: Opinion 1002/2020, 20.11.2020, S. 23.

Einfluss tief in Institutionen der Justiz, die Medien und die Sicherheitsdienste ausgedehnt. Umfragen des Transparency International Global Corruption Barometer 2021 zeigen, dass 68 Prozent der BulgarInnen der Ansicht sind, dass die Regierung von ein paar großen Interessen geführt wird. Für 67 Prozent der Befragten gelten die Parlamentsabgeordneten und für 56 Prozent der Ministerpräsident als korrupt. Insgesamt wird in Bulgarien die Korruption als ein durchdringendes und gravierendes Problem wahrgenommen. Die im Juni 2020 veröffentlichten Ergebnisse eines Sonderberichts von Eurobarometer zu Korruption innerhalb der Europäischen Union (EU) zeigen, dass 80 Prozent der BulgarInnen der Ansicht sind, dass Korruption weit verbreitet ist und 51 Prozent, dass sie in den letzten drei Jahren noch zugenommen hat. Dies paart sich, wie der Bericht ebenfalls zeigt, mit einem tiefen Misstrauen der BürgerInnen gegenüber dem Rechtswesen (Gerichte und Staatsanwaltschaft), da nur 9 Prozent dort eine Strafverfolgung bei Korruptionsverdacht richtig behandelt sehen.<sup>4</sup>

Über viele Jahre haben die negativen Entwicklungen in Bulgarien weit weniger internationale Aufmerksamkeit erregt als die in Ungarn und in Polen. Solange Boiko Borissov und seine GERB-Partei, die seit 2009 fast ununterbrochen an der Macht ist, sich im pro-europäischen Mainstream bewegten, hat die europäische Öffentlichkeit weggeschaut. Seit Jahren gibt es Anschuldigungen wegen Missbrauch von EU-Geldern. Das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) hat im Februar 2020 empfohlen, fast 6 Millionen Euro an europäischen Geldern zurückzufordern und ein Strafverfahren gegen Beamte des Innenministeriums einzuleiten, nachdem diese SUVs anstelle von 350 Geländewagen mit den Fördergeldern eingekauft hatten. Insgesamt, so erklärte OLAF im Juli 2021, geht die Organisation derzeit 29 Verdachtsfällen nach, von denen die meisten im Bereich Landwirtschaft und Regionalentwicklung liegen sollen.<sup>5</sup> Die seit Anfang Mai 2021 amtierende Übergangsregierung machte öffentlich, dass allein bei Reparaturen von Stauseen hunderte Millionen Euro „im wahrsten Sinne des Wortes versickert sein“ sollen.<sup>6</sup> Während die DemonstrantInnen ein Einschreiten gegen die Missstände und den Missbrauch von EU-Geldern forderten und um Aufmerksamkeit seitens der EU und besonders der deutschen Ratspräidentschaft 2020 baten, gab es von dieser Seite keine offiziellen Reaktionen. Anders die USA: Im Juni 2021 sanktionierten die USA im Rahmen des Global Magnitsky Human Rights Accountability Act drei prominente Bulgaren – darunter den Oligarchen Delyan Peevski – wegen Korruption in Bulgarien sowie 64 mit ihren Netzwerken verbundene Unternehmen. Damit wurde das Problem Bulgarien auf die internationale Bühne gehoben und die EU in ihrer Unfähigkeit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu schützen, im Grunde vorgeführt.

In seiner Rangliste der Pressefreiheit setzt Reporter ohne Grenzen Bulgarien 2021 auf den letzten Platz in Europa, auf Platz 112. Die politische Signalwirkung dieser Platzierung ist groß. Der Europarat zeigte sich besorgt über die zum Teil unverhältnismäßig massive Polizeigewalt gegen DemonstrantInnen und JournalistInnen, die trotz Video-Belege seitens der Staatsanwaltschaft nicht geahndet wurden. Auch das Europäische Parlament betonte seine ernsten Bedenken wegen der kontinuierlichen Verschlechterung der Presse-

---

4 Europäische Kommission: Special Eurobarometer 502 – Corruption. Juni 2020, S. 32. und S. 129.

5 World Today News: OLAF is investigating 29 allegations of fraud with EU funds in Bulgaria – Europe, 13.7.2021.

6 Christopher Nehring: Korruption statt Corona. Steht Bulgarien vor einem Machtwechsel?, in: Deutsche Welle, 8.7.2021.

freiheit in Bulgarien in den vergangenen zehn Jahren.<sup>7</sup> Dass die Medien in so schlechter Verfassung sind und daher andere Informationskanäle genutzt werden, wirkt sich auch auf die Bekämpfung von Covid-19 aus: Bulgarien hat bei weitem die niedrigste Impfrate in Europa (Ende Juni 2021 waren nur 11,2 Prozent voll geimpft) – was zum einen auf das geringe Vertrauen in staatliche Institutionen und das Gesundheitssystem und zum anderen auf Verschwörungstheorien und Fake News in den weit verbreiteten sozialen Netzwerken zurückgeführt wird.

### **Wahlen – Wahlen – Wahlen**

In politisch turbulenten Zeiten und unter Pandemiebedingungen ist das ärmste Land der EU am 4. April 2021 zu regulären Parlamentswahlen aufgerufen worden, bei denen Borissovs GERB die meisten Stimmen erhielt. Allerdings gab es eine, wie Ivan Krastev treffend formulierte, „negative Mehrheit“, die zwar gegen die Regierung ist, aber letztlich keine neue Regierung gewählt hat. Denn es bildete sich eine starke anti-GERB-Front heraus, und Bulgarien stimmte im Grunde für einen Wandel, da drei neue politische Formationen in die Nationalversammlung einzogen: „Es gibt ein solches Volk“ (ITN), angeführt von dem Fernsehshowman Slavi Trifonov; die Koalitionsformation „Aufstehen! Diebe raus“ (ISMV) geführt von der Bulgarischen Sozialistischen Partei (BSP) nahestehenden Maja Monolova, die aus den Protesten hervorging, und „Demokratisches Bulgarien“ unter dem Vorsitz des ehemaligen Justizministers Hristo Ivanov. Ebenfalls ins Parlament gewählt wurde die BSP, die mit ihrem nationalkonservativen Kurs unter Kornelia Ninova schwere Verluste hinnehmen musste, und die DPS, die unter den türkischen Bulgaren eine stabile Unterstützung genießt. Sowohl die mit extrem rechten und antisemitischen Positionen agierende „Ataka“ als auch der Koalitionspartner von GERB, die Bulgarisch-Nationale Bewegung (VMRO) unter Krasimir Karakachanov, die mit ihren nationalistischen Politiken – wie in der Frage zu Nordmazedonien – die Regierung Borissov vor sich hergetrieben hatte, haben das Quorum nicht geschafft. Eine Regierungsbildung aber war schwierig, da keine der anti-Regierungsparteien mit GERB und der DPS in irgendeiner Weise zusammenarbeiten wollte.

Auch nach drei Versuchen konnte daher keine Regierung gebildet werden, so dass Präsident Rumen Radev für den 11. Juli 2021 Neuwahlen ansetzte. Seit Mitte Mai 2021 wird das Land von einer geschäftsführenden Interimsregierung unter der Leitung von Stefan Yanev regiert. Die Übergangsregierung hat innerhalb weniger Wochen große Sympathien in der Bevölkerung erworben und spricht von einem legalisierten Chaos des Borissov-Regimes. Bei einer Wahlbeteiligung von 42,19 Prozent (April: 50,61) konnte Trifonov hauchdünn gegenüber GERB gewinnen. Eine Regierungsbildung mit den anderen Protestparteien ist schwierig. Trifonov hat diese mit seiner Kabinettsliste mehr oder weniger vor ein fait accompli gestellt und zwingt Manolova und Ivanov entweder in eine sehr fragile Minderheitsregierung unter seinen Bedingungen oder zu erneuten Wahlen im Herbst zusammen mit den regulär stattfindenden Präsidentschaftswahlen.

---

7 Europäisches Parlament: Resolution on the rule of law and fundamental rights in Bulgaria, 8.10.2020, 2020/2793(RSP).

Ergebnis Wahlen 4.4.21 / 11.7.21	Prozent April / Juli	Sitze April / Juli
GERB – Boiko Borissov	25,80 / 23,51	75 (– 20 im Vergleich zu 2017)
ITN – Slavi Trifonov	17,40 / 24,08	51 (neu) / 65
BSP – Kornelia Ninova	14,79 / 13,39	43 (– 37) / 36
DPS – Mustafa Haradaj	10,36 / 10,71	30 (+ 4) / 29
DB – Hristo Ivanov / Atanas Atanasov	9,31 / 12,64	27 (neu) / 34
ISMV – Maja Manolova	4,65 / 5,01	14 (neu) / 13

Quelle: Zentrale Wahlkommission Bulgarien – [https://results.cik.bg/pi2021\\_07/resultati/index.html](https://results.cik.bg/pi2021_07/resultati/index.html) (letzter Zugriff: 27.9.2021).

Es gehört zu den bulgarischen Charakteristika der letzten Jahrzehnte seit Ende der Sowjetunion, dass es immer wieder „Heilsbringer“ gibt, die sich als populistische politische Alternative für das Bestehende anbieten und auch gewählt werden. Das galt für Simeon Sakskoburgotski (Premierminister 2001–2005) ebenso wie für Borissov in seinen politischen Anfangsjahren und jetzt auch für den Showman Slavi Trifonov. Bekannt durch seine Fernsehsendungen, ohne politische Erfahrung, aber in der Kritik gegenüber der Regierung wortstark, schaffte es Trifonov mit populistischen Parolen und ohne Programm in der obersten Machtliga mitzuspielen. Das Rätselraten, wer hinter Trifonov stecken könnte, was dieser Mann tatsächlich politisch verfolgt, ist in der nationalen bulgarischen Debatte ebenso virulent wie unter internationalen BeobachterInnen.

### Bulgariens EU-Blockade – Streit mit Nordmazedonien

Intensive Konsultationen seitens der deutschen Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020, doch noch ein Einlenken Sofias im Streit mit Nordmazedonien zu erwirken, scheiterten. Bulgarien verzögert den Beginn von EU-Beitrittsverhandlungen mit Nordmazedonien und setzt damit das europäische Integrationsprojekt insgesamt aufs Spiel. Dabei pocht Sofia auf die Einhaltung des Nachbarschaftsvertrages zwischen beiden Ländern, um historische Deutungshoheiten und die Frage, ob Mazedonisch eine eigene Sprache ist. Nordmazedonien hat Anfang Juli 2021 eigene rote Linien gezogen und parteiübergreifend eine Resolution zum Schutz der nationalen mazedonischen Identität und Sprache im Parlament verabschiedet.<sup>8</sup> Angesichts der politischen Krise in Bulgarien dürfte mindestens bis in den Herbst 2021 hinein keine weitere Bewegung zur Beilegung der Differenzen zwischen den beiden Nachbarländern zu erwarten sein.

### Weiterführende Literatur

- Südosteuropa-Gesellschaft: Panel Discussion: Scandal-Scattered Bulgaria after Snap Elections on 11 July – Quo Vadis?, [Video], YouTube, 20.7.2021, abrufbar unter: abrufbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=B2H5FBLNLkk> (letzter Zugriff: 3.9.2021).  
 Georgi Karasimeonov (Hrsg.): Polit-Barometer. Year 21, Issues 5 and 6, Friedrich Ebert Stiftung, Sofia.  
 Freedom House: Nations in Transit 2021, Bulgaria, abrufbar unter: <https://freedomhouse.org/country/bulgaria/nations-transit/2021> (letzter Zugriff: 27.9.2021).

<sup>8</sup> Sinisa Jakov Marusic: North Macedonia MPs Adopt ‘Red Lines’ in Bulgaria Talks, in: Balkan Insight, 29.7.2021.